

Grundlagen bilden/Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: Dezember/december 2017 · www.roedl.de/slowakei | www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Novelle des Handelsgesetzbuches – Übersicht der wichtigsten Änderungen und deren Wirksamwerden

Wirtschaft aktuell

- > Novelle des Rechnungslegungsgesetzes ab dem 1. Januar 2018

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Prijatie novely Obchodného zákonníka – prehľad najdôležitejších zmien a nadobudnutie ich účinnosti

Audit

- > Novela zákona o účtovníctve od 1. január 2018

Recht aktuell

- > Novelle des Handelsgesetzbuches – Übersicht der wichtigsten Änderungen und deren Wirksamwerden

> Von Mgr. Eva Lumnitzerová

Rödl & Partner Bratislava

In der aktuellen Ausgabe des Mandantenbriefes werden wir auf unseren letzten Artikel, in dem wir Ihnen eine Übersicht der in der Novelle des Handelsgesetzbuches vorgeschlagenen Änderungen gebracht haben, anknüpfen, und uns die endgültige Fassung dieser Novelle vorstellen, die durch den Nationalrat der Slowakischen Republik verabschiedet und in der Gesetzessammlung der Slowakischen Republik am 8. November 2017 veröffentlicht wurde. Wir werden Sie vor allem über die wesentlichsten Änderungen des Handelsgesetzbuches informieren, die bereits am Tag der Novellenerklärung wirksam wurden, aber kurz werden wir Sie auch mit weiteren Änderungen, die Sie demnächst betreffen können, bekannt machen.

Geht Ihre Gesellschaft zurzeit den Prozess der Verschmelzung durch Aufnahme, Verschmelzung durch Neugründung oder Spaltung durch? Gerade die Bestimmungen betreffend Fusionen und Akquisitionen traten bereits am Tag der Veröffentlichung der Novelle, d.h. wie oben angeführt am 8. November 2017 in Kraft. Falls Sie den Entwurf des Vertrags über die Verschmelzung durch Aufnahme, Verschmelzung durch Neugründung oder Spaltung vor diesem Tag genehmigt haben, haben Sie 90 Tage ab dem Tag des Inkrafttretens der Novelle, um den Antrag auf Eintragung der Verschmelzung durch Aufnahme, Verschmelzung durch Neugründung oder Spaltung Ihrer Gesellschaft ins Handelsregister zu stellen.

Falls Sie dies nicht tun, werden sich auf Sie neue Vorschriften und somit auch weitere einzuhaltende Pflichten beziehen. Es handelt sich z.B. um die Erfüllung der Bedingung, dass die Verbindlichkeiten der Nachfolgegesellschaft den vom Wirtschaftsprüfer zu prüfenden Wert ihres Vermögens nicht überschreiten dürfen, oder Einhaltung der Regel, dass die Nachfolgegesellschaft oder die zu erlöschende Gesellschaft nicht in Liquidation, in Konkurs (mit Ausnahme der Zustimmung des Verwalters), in Umstrukturierung sein können, oder gegen diese Gesellschaften kein Verfahren über deren Auflösung geführt werden kann oder sie sogar nicht aufgelöst werden können.

Sollte eine der genannten Pflichten durch die Gesellschaft verletzt werden, können novellengemäß für den den Gläubigern verursachten Schaden auch die Mitglieder ihrer Organe (nicht nur statutarischer) verantwortlich sein, die verpflichtet sind, die zur Verschmelzung durch Aufnahme, Verschmelzung durch Neugründung oder Spaltung führenden Handlungen zu unterlassen, sofern die Nichterfüllung der oben erwähnten Bedingungen vorausgesetzt werden kann.

Zu weiteren Änderungen in diesem Bereich gehört z.B. die Einführung der Mitteilungspflicht dem Steuerverwalter spätestens 60 Tage vor der Abhaltung der Gesellschafterversammlung, in der über die Verschmelzung durch Aufnahme, Verschmelzung durch Neugründung oder Spaltung beschlossen wird, oder die Verkürzung der Frist für die Stellung des Antrags auf Eintragung der Verschmelzung durch Aufnahme, Verschmelzung durch Neugründung oder Spaltung ins Handelsregister auf 30 Tage ab dem Tag der Genehmigung des Vertrags.

Sind Sie Mitglied eines statutarischen Organs oder statutarischer Vertreter einer Gesellschaft – so übersehen Sie vor allem die am 1. Januar 2018 in Kraft tretenden Änderungen nicht.

Zu den wichtigsten Änderungen gehört vor allem die Einführung der Haftung der faktischen statutarischen Vertreter der Gesellschaft, die die Tätigkeit der Gesellschaft mittels sog. Strohmänner (formell bestellte statutarische Vertreter ohne realen Einfluss auf die Gesellschaft) ausüben, aber auch die Einführung der Haftung der Mehrheitsgesellschafter (es muss sich nicht um statutarische Vertreter handeln) für die Schulden der eigenen Handelsgesellschaft. In diesem Fall handelt es sich um die Haftung der sog. herrschenden Person, die gegenüber der beherrschten Person für den Schaden haften wird, der durch ihren Bankrott verursacht wurde, sofern sie zu diesem Bankrott wesentlich beiträgt.

Von weiteren Änderungen, über die Sie Kenntnis haben sollten, erwähnen wir z.B. die Pflicht, den Jahresabschluss der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zwecks Feststellung vorzulegen, so dass dieser innerhalb von 12 Monaten nach dem Tag der Aufstellung festgestellt wird, sowie die Pflicht des neuen statutarischen Organs, in die Urkundensammlung das Unterschriftsmuster, das im Vergleich zur bisherigen Regelung in Anwesenheit des Notars oder seines Beauftragten unterzeichnet werden muss und als eigenes nicht anerkannt werden kann, zu hinterlegen.

Ab dem neuen Jahr werden Sie als letzter statutarischer Vertreter der Gesellschaft verpflichtet sein, den Antrag auf deren Auflösung zu stellen, falls Ihre Funktion endet und innerhalb der gesetzlichen Frist ins Handelsregister kein neuer statutarischer Vertreter eingetragen wird. Nach Beendigung Ihrer Funktion wird sich auf Sie auch die Pflicht beziehen, auf Ersuchen des Gerichts, des Steuerverwalters, der Sozialversicherungsanstalt, der Krankenkasse, des Verwalters, des Gerichtsvollziehers eine angemessene Mitwirkung zu leisten.

Als letzte treten die Bestimmungen hinsichtlich der Gesellschaftsauflösung und -gründung in Kraft. Sollten Sie also beabsichtigen, im folgenden Jahr einen Antrag auf Gesellschaftsgründung oder -auflösung zu stellen, müssen Sie ab 1. September 2018 dazu auch die Zustimmung der Sozialversicherungsanstalt einholen. Diese Pflicht findet auf Sie keine Anwendung bei der Gesellschaftsgründung unter der Voraussetzung, dass Sie in der Liste der Schuldner der Sozialversicherungsanstalt nicht geführt werden. Eine Zustimmung des Steuerverwalters ist bei der Gesellschaftsgründung oder -auflösung auch weiterhin einzuholen, allerdings bei der Gesellschaftsgründung nur dann, wenn die Gesellschaft in der Liste der Steuerschuldner geführt wird.

Kontakt für weitere Informationen



Mgr. Michal Kujan

Rechtsanwalt (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner
Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: michal.kujan@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> Nowelle des Rechnungslegungsgesetzes ab dem 1. Januar 2018

Ing. Martina Ceconíková, AA

Rödl & Partner Bratislava

Ab dem Jahr 2018 sollte die Novelle des Rechnungslegungsgesetzes 5 wesentlichere Änderungen mit sich bringen. Die Änderungen hängen mit der Einführung des Institutes der besonders schwerwiegenden Verletzung zusammen, das sich aus der Aktualisierung des Aktionsplanes des Kampfes gegen Steuerunterziehungen für die Jahre 2012-2016 ergibt.

Die erste Änderung ist auf die Dauer der Archivierung von Belegen abgezielt, welche auf 10 Jahre verlängert wird. Das Rechnungslegungsgesetz regelt unterschiedliche Fristen für die Aufbewahrung von Rechnungsbelegen, wo der Jahresabschluss, die Aufstellung ausgewählter Angaben aus den Jahresabschlüssen und der Jahresbericht für die Dauer von 10 Jahren aufbewahrt werden, was ab Januar 2018 nicht verändert wird.

Die Novelle betrifft Rechnungsbelege mit einer Archivierungsdauer von 5 Jahren. Die Änderung tritt in § 35 (Aufbewahrung und Schutz von Rechnungsdokumentation) Abs. 3 Lit. b) und c) ein, wo das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt wird. Hierdurch soll die Archivierungsdauer von Belegen zur Erstellung des Jahresabschlusses im Sinne des Rechnungslegungsgesetzes mit der Archivierungsdauer des Jahresabschlusses in Einklang gebracht werden. Es wird ebenfalls der Einklang mit der Steuerordnung sichergestellt, da das USt.-Gesetz die Aufbewahrung von Rechnungen für die Dauer von 10 Jahren verlangt. Es wird sichergestellt, dass Belege bis zum Erlöschen des Rechtes auf Steuerauflegung zur Verfügung sein werden. Rechnungsbelege, Rechnungsbücher, Verzeichnisse von Rechnungsbüchern, Verzeichnisse von Kennziffern, Abkürzungen und Symbolen, verwendet in der Buchhaltung, Kontenplan, Inventurverzeichnisse, Inventuraufzeichnungen und Abschreibungsplan werden nach Neuem für die Dauer von 10 Jahren, folgend nach dem Jahr, welches sie betreffen, aufbewahrt. Die Frist von 10 Jahren bezieht sich auch auf Aufzeichnungen, die mit der Form und der Art der Buchführung zusammenhängen, wie Datenträger auf CD, Programmausstattung u. dgl. Auf Grundlage der eigenen Entscheidung kann die Buchführungseinheit Belege in Schrift- oder elektronischer Form aufbewahren.

Die Archivierungspflicht für die Dauer von 10 Jahren gilt für alle Belege, welchen die ursprüngliche Archivierungsfrist von 5 Jahren bis zum 31. Dezember 2017 nicht abläuft. Im Falle von Rechnungsbelegen aus dem Jahr 2013 und neueren ist es notwendig, im Sinne

der Gesetzesnovelle vorzugehen und die Belege für die Dauer von 10 Jahren aufzubewahren.

Für die Verletzung der Pflichten bei der Archivierung von Belegen kann das Finanzamt eine Geldstrafe bis zur Höhe von 10 000 EUR auferlegen.

Die zweite Änderung betrifft die Möglichkeit der Wahl der Größengruppe für die Zwecke der Darstellung im Einzelabschluss in § 2 Abs. 11. Diese Möglichkeit besteht für eine neuentstandene Nachfolgebuchführungseinheit. Die Nachfolgebuchführungseinheit wird die Größenbedingungen neu bewerten, wobei sie den Wert des übernommenen Vermögens und die Mitarbeiteranzahl der erlöschenden Buchführungseinheit berücksichtigt und auf Grundlage der Bewertung Rechnungsoperationen durchführt, wodurch es bei der Nachfolgebuchführungseinheit zu einer Änderung der Größengruppe kommen kann. Falls es sich um eine neu gegründete Nachfolgegesellschaft handelt, kann sie sich in Bezug auf die Einordnung in Größengruppen der Buchführungseinheiten entscheiden.

Die dritte Änderung ist die Anpassung der Pflicht der Hinterlegung von Rechnungsbelegen in das Register der Jahresabschlüsse für die erlöschende Buchführungseinheit. § 23a Abs. 3 wird präzisiert, laut dem die Nachfolgebuchführungseinheit Dokumente für die erlöschende Buchführungseinheit in das Register hinterlegt. Bis zum Tag der Wirksamkeitserlangung der Verschmelzung durch Neugründung, Verschmelzung durch Aufnahme oder Spaltung kann die erlöschende Buchführungseinheit diese Rechnungsbelege in das Register hinterlegen. Die Frist, innerhalb welcher die Buchführungseinheit die Mitteilung über das Datum der Feststellung des Jahresabschlusses hinterlegen muss, wird von fünf auf fünfzehn Tagen verlängert. In § 23a Abs. 4 und 6 wird das Wort „fünf“ durch die Zahl „15“ ersetzt.

Eine weitere Änderung ist die Möglichkeit des Finanzamtes, die Buchführungseinheit zur Behebung von Mängeln aufzufordern, falls sie Rechnungsbelege nicht hinterlegt hat, allgemeine Erfordernisse nicht richtig ausgefüllt hat, die von ihr zugestellte Einreichung unvollständig war oder sie ein falsches Muster verwendet hat. Die Änderung tritt in § 23b des Rechnungslegungsgesetzes ein – falls die Buchführungseinheit die Mängel innerhalb der festgelegten Frist behebt, gilt eine auf solche Art und Weise zugestellte Einreichung als ohne Mängel am Tag der ursprünglichen Zustellung der Einreichung aufgegeben, andernfalls, sollte die Buchführungseinheit der Aufforderung nicht Folge geben, gilt die Einreichung der Dokumente als nicht zugestellt.

Zur Vereinfachung der Unternehmenstätigkeit im Rahmen der Europäischen Union und zur Vereinfachung der Verlegung des Sitzes einer europäischen Gesellschaft und einer europäischen Genossenschaft wird die Möglichkeit, den Einzelabschluss auf Grundlage von IAS/IFRS zu erstellen, für diejenigen europäischen Gesellschaften und europäischen Genossenschaften dienen, die ihren Sitz auf das Gebiet der Slowakischen Republik verlegt und den

Jahresabschluss gemäß IAS/IFRS auch vor der Verlegung des Sitzes erstellt haben, wobei die Bewertung der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten vor der Verlegung als primär gilt.

Kontakt für weitere Informationen



Ing. Zuzana Vargová, MBA
Wirtschaftsprüferin, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: zuzana.vargova@roedl.sk

Právo

> Prijatie novely Obchodného zákonníka – prehľad najdôležitejších zmien a nadobudnutie ich účinnosti

Mgr. Eva Lumnitzerová

Rödl & Partner Bratislava

V aktuálnom vydaní Mandantného listu nadviažeme na náš posledný článok, v ktorom sme Vám priniesli prehľad zmien navrhovaných v novele Obchodného zákonníka a priblížime si jej definitívne znenie, ktoré bolo prijaté NRSR a zverejnené v Zbierke zákonov SR dňa 8.11.2017. Informujeme Vás najmä o najzásadnejších zmenách Obchodného zákonníka, ktoré nadobudli účinnosť už dňom vyhlásenia novely, ale stručne Vás oboznámime aj z ďalšími zmenami, ktoré sa Vás čoskoro môžu týkať.

Nachádza sa Vaša spoločnosť momentálne v procese zlučovania, splynutia, alebo rozdelenia? Práve ustanovenia týkajúce sa fúzií a akvizícií nadobudli účinnosť už dňom zverejnenia novely, t.j. ako sme uviedli vyššie od 08.11.2017. Ak ste schválili návrh zmluvy o splynutí, zlúčení, alebo rozdelení pred týmto dňom, máte 90 dní odo dňa nadobudnutia účinnosti novely na to, aby ste podali návrh na zápis splynutia, zlúčenia, alebo rozdelenia Vašej spoločnosti do obchodného registra.

V prípade, že tak neurobíte, budú sa na Vás vzťahovať nové predpisy, a tým aj ďalšie povinnosti, ktoré budete musieť dodržať. Ide napr. o splnenie podmienky, že záväzky nástupníckej spoločnosti nesmú presahovať hodnotu jej

majetku, ktorú bude overovať audítor, či dodržanie toho, že nástupnícka alebo zanikajúca spoločnosť nemôžu byť v likvidácii, v konkurze (výnimkou je súhlas správcu), reštrukturalizácii, alebo sa voči týmto spoločnostiam nemôže viesť konanie o ich zrušení, či dokonca nemôžu byť zrušené.

Ak by došlo k porušeniu niektorej z uvedených povinností spoločnosťou, podľa novely môžu byť zodpovední za škodu spôsobenú veriteľom aj členovia jej orgánov (nie len štatutárnych), ktorí majú povinnosť zdržať sa úkonov smerujúcich k splynutiu, zlúčeniu, alebo rozdeleniu, pokiaľ možno predpokladať nesplnenie vyššie spomenutých podmienok.

K ďalším zmenám v tejto oblasti patrí napr. zavedenie oznamovacej povinnosti správcovi dane najneskôr 60 dní pred konaním valného zhromaždenia rozhodujúcom o zlúčení, splynutí, alebo rozdelení spoločnosti, či skrátenie lehoty na podanie návrhu na zápis zlúčenia, splynutia alebo rozdelenia do obchodného registra na 30 dní od dňa schválenia zmluvy.

Ak ste členom štatutárneho orgánu, alebo štatutárnym orgánom spoločnosti, neprehliadnite predovšetkým zmeny, ktorých účinnosť je stanovená k 1.1.2018.

Medzi najdôležitejšie z nich patrí najmä zavedenie zodpovednosti faktických štatutárov spoločnosti, ktorí vykonávajú činnosť spoločnosti prostredníctvom tzv. bielych koní – formálne ustanovených štatutárnych orgánov bez reálneho vplyvu na spoločnosť, ale aj zavedenie zodpovednosti väčšinových spoločníkov (nemusia ísť o štatutárne orgány) za dlhy vlastnej obchodnej spoločnosti. V tomto prípade pôjde o zodpovednosť tzv. ovládajúcej osoby, ktorá bude zodpovedať ovládanej spoločnosti za škodu spôsobenú jej úpadkom, ak k tomuto úpadku podstatne prispeje.

Z ďalších zmien, o ktorých by ste mali vedieť, uvádzame napr. povinnosť predložiť účtovnú závierku na schválenie valnému zhromaždeniu spoločnosti tak, aby ju schválilo do 12 mesiacov odo dňa, ku ktorému sa zostavuje a povinnosť nového štatutárneho orgánu uložiť do Zbierky listín podpisový vzor, ktorý v porovnaní s doterajšou úpravou musí byť podpísaný v prítomnosti notára, alebo ním povereného zamestnanca a nebude možné ho uznať za vlastný.

Od nového roka bude jednou z Vašich nových povinností ako posledného štatutárneho orgánu spoločnosti podanie návrhu na jej zrušenie v prípade, ak Vám Vaša funkcia skončí a v zákone ustanovenej dobe nebude do obchodného registra zapísaný nový štatutár. Po skončení Vašej funkcie sa na Vás bude vzťahovať aj povinnosť poskytnúť primeranú súčinnosť na vyžiadanie súdu, správcu dane, Sociálnej poisťovne, Zdravotnej poisťovne, správcu súdneho exekútora.

Ako posledné vstúpia do účinnosti ustanovenia týkajúce sa zrušenia a založenia spoločnosti. Ak teda plánujete podať návrh na založenie alebo zrušenie spoločnosti budúci rok, od 1.9.2018 budete potrebovať aj súhlas Sociálnej poisťovne. Táto povinnosť sa na Vás nebude vzťahovať v prípade založenia spoločnosti za predpokladu, že nebudete vedení v zozname dlžníkov Sociálnej poisťovne.

Súhlas správcu dane sa bude pri jej založení a zrušení vyžadovať aj naďalej, avšak pri založení už len vtedy, ak spoločnosť bude vedená v zozname daňových dlžníkov.

Kontakt pre ďalšie informácie



Mgr. Michal Kujan

Rechtsanwalt (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: michal.kujan@roedl.sk

Audit

> Nvela zákona o účtovníctve od 1. januára 2018

Ing. Martina Ceconíková, AA
Rödl & Partner Bratislava

Od roku 2018 by mala novela zákona o účtovníctve priniesť 5 zásadnejších zmien. Zmeny súvisia so zavedením inštitútu osobitne závažného porušenia, vyplývajúceho z aktualizácie Akčného plánu boja proti daňovým podvodom na roky 2012-2016.

Prvá zmena je zameraná na dobu archivácie dokladov, ktorá sa predĺži na 10 rokov. Zákon o účtovníctve upravuje rôzne lehoty pre uchovávanie účtovných dokladov, kde účtovná závierka, výkaz vybraných údajov z účtovných závierok a výročná správa sa uchováujú po dobu 10 rokov, čo sa od januára 2018 nezmení.

Novela sa týka účtovných dokladov, ktoré majú dobu archivácie 5 rokov. Zmena nastane v § 35 (uchovávanie a ochrana účtovnej dokumentácie) ods. 3 písm. b) a c), kde sa nahradí slovo „piatich“ za slovo „desiatich“. Týmto sa má doba archivácie dokladov podľa zákona o účtovníctve, slúžiacich na zostavenie účtovnej závierky, zosúladiť s dobou archivácie účtovnej závierky. Taktiež sa zabezpečí súlad s daňovým poriadkom, kde zákon o DPH vyžaduje uchovávať faktúry po dobu 10 rokov. Bude zabezpečené, že doklady budú k dispozícii kým nezanikne právo na vyrubenie dane. Účtovné doklady, účtovné knihy, zoznamy účtovných kníh, zoznamy číselných znakov, skratiek a symbolov použitých v účtovníctve, účtovný rozvrh, inventúrne súpisy, inventarizačné zápisy a odpisový

plán sa po novom uchováujú po dobu 10 rokov, ktoré nasledujú po roku, ktorého sa týkajú. Lehota 10 rokov sa vzťahuje aj na záznamy, súvisiace s formou a spôsobom vedenia účtovníctva ako nosiče informácií na CD, programové vybavenie a pod. Na základe vlastného rozhodnutia môže účtovná jednotka doklady uchovávať v písomnej alebo elektronickej forme.

Povinnosť archivácie po dobu 10 rokov platí pre všetky doklady, ktorým pôvodná doba archivácie 5 rokov neuplynie do 31.12.2017. Ak ide o účtovné doklady z roku 2013 a novšie, je potrebné postupovať podľa novely zákona a uchovávať doklady po dobu 10 rokov.

Za porušenie povinností pri archivácii dokladov môže daňový úrad uložiť pokutu až do výšky 10000 eur.

Druhá zmena sa týka možnosti voľby veľkostnej skupiny pre účel vykazovania v individuálnej účtovnej závierke v § 2 ods. 11. Táto možnosť je pre novovzniknutú nástupnícku jednotku. Nástupnícka účtovná jednotka prehodnotí veľkostné podmienky, pričom zohľadní hodnotu prevzatého majetku a počet zamestnancov zanikajúcej účtovnej jednotky a na základe posúdenia vykoná účtovné operácie, čím môže u nástupníckej účtovnej jednotky dôjsť k zmene veľkostnej skupiny. Ak ide o novo založenú nástupnícku spoločnosť, môže sa rozhodnúť ohľadom zaradenia do veľkostnej skupiny účtovných jednotiek.

Tretou zmenou je úprava povinnosti ukladania účtovných dokumentov do registra účtovných závierok pre zanikajúcu účtovnú jednotku. Spresní sa § 23a ods. 3, kde do registra ukladá dokumenty za zanikajúcu účtovnú jednotku nástupnícka jednotka. Do dňa účinkov splynutia, zlúčenia alebo rozdelenia ich môže uložiť do registra zanikajúca účtovná jednotka. Predĺži sa lehota z piatich na pätnásť dní, dokedy musí účtovná jednotka uložiť oznámenie o dátume schválenia účtovnej závierky. V § 23a ods. 4 a 6 sa slovo „piatich“ nahradí číslom „15“.

Ďalšou zmenou je možnosť daňového úradu vyzvať účtovnú jednotku na odstránenie nedostatkov, ak neuložila účtovné dokumenty, nevyplnila správne všeobecné náležitosti, podanie, ktoré doručila, bolo neúplné alebo použila nesprávny vzor. Zmena nastane v § 23b Zákona o účtovníctve – ak účtovná jednotka nedostatky odstráni v určenej lehote, považuje sa takto doručené podanie za podané bez nedostatkov v deň pôvodného doručenia podania, v opačnom prípade, ak účtovná jednotka nevyhoví výzve, podanie dokumentov sa považuje za nedoručené.

Pre zjednodušenie podnikania v rámci Európskej únie a zjednodušenie premiestnenia sídla európskej spoločnosti a európskeho družstva bude možnosť zostaviť individuálnu účtovnú závierku na základe IAS/IFRS pre tie európske spoločnosti a európske družstvá, ktoré premiestnili sídlo na územie Slovenskej Republiky a zostavovali účtovnú závierku podľa IAS/IFRS aj pred premiestnením, pričom sa ocenenie majetku a záväzkov pred premiestnením považuje za prvotné.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ing. Zuzana Vargová, MBA
audítorka, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: zuzana.vargova@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znázorňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (silá, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum Mandantenbrief, Ausgabe Dezember 2017
Mandantný list, vydanie december 2017

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo
JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane
Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika
Mikuláš Ivaško – mikulas.ivasko@roedl.sk

Layout/Satz: Miriama Zendeková – miriama.zendekova@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.